

Mit Tatkraft die Zukunft gewinnen

**Standort aufwerten, Strukturwandel fördern,
Landesfinanzen sanieren**

**Positionen der IHK Saarland zur
Wirtschafts-, Bildungs- und Finanzpolitik
im Saarland**

Inhalt

A. Die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre

1. Die haushaltspolitische Herausforderung
2. Die demografische Herausforderung
3. Die strukturpolitische Herausforderung

B. Die Herausforderungen als Chance begreifen

I. Landesfinanzen: Vorrang für Zukunftsinvestitionen, Bildung und Wirtschaftsförderung

II. Eine hohe Verfügbarkeit an Fachkräften sichern

1. Qualitätsoffensive an Schulen forciert fortsetzen
2. Spitzenplatz in der Ausbildung halten
3. Offensive für lebenslanges Lernen starten
4. Bildungsurlaub auf berufliche Weiterbildung begrenzen
5. Mehr Ingenieure ausbilden
6. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern
7. Länger arbeiten

III. Den Standort aufwerten

1. Die Standortschwächen beseitigen
2. Die Forschungslandschaft weiter profilieren
3. Die Verkehrsanbindung weiter verbessern
4. Energiestandort Saarland sichern
5. Innenstädte und Ortskerne stärken
6. Bei Infrastruktur auf Qualität setzen
7. Standortmarketing institutionalisieren

IV. Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel geben

1. Den Mittelstand stärken
2. Die Unternehmerlücke schließen
3. Exporterfolge sichern und ausbauen
4. Öffentliches Auftragswesen vereinfachen
5. Im Tourismus auf Qualität setzen
6. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen begrenzen
7. Einheitlichen Ansprechpartner bei Kammern ansiedeln

Mit Tatkraft die Zukunft gewinnen

Standort aufwerten, Strukturwandel fördern, Landesfinanzen sanieren

Die neue Landesregierung übernimmt das Ruder in schwierigen Zeiten. Nach guten Jahren hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise unserem Land einen gewaltigen Rückschlag versetzt. Die Wertschöpfung ist stark eingebrochen, die Haushaltsnotlage der öffentlichen Kassen hat sich weiter verschärft. Auch wenn das Schlimmste inzwischen überstanden ist: Es wird noch einige Zeit dauern, bis unser Land sich von den Auswirkungen der Krise vollständig erholt hat.

Umso wichtiger wird die Rolle der Politik. Sie muss bis auf weiteres Hilfestellung leisten, damit die Menschen und die Unternehmen die Krise bewältigen können. Darüber hinaus muss sie Perspektiven für die Entwicklung unseres Landes aufzeigen. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie sich die Wirtschafts- und Steuerkraft des Saarlandes nachhaltig stärken lässt. Um diese zentrale Aufgabe effektiv und auf breiter Basis angehen zu können, benötigt das Saarland ein wirtschaftspolitisches Leitbild. Darin sollte die neue Landesregierung die Chancen und Risiken der kommenden Jahre abwägen, Stärken und Schwächen des Landes benennen und vor allem erläutern, mit welchen Maßnahmen sie welche Zwecke erreichen will.

Oberstes Ziel und Richtschnur des politischen Handelns im Saarland sollte die Sicherung der politischen Eigenständigkeit unseres Saarlandes sein. Wir – die IHK Saarland – sind bereit, der Politik auf diesem Weg mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Das vorliegende Papier liefert einen ersten Beitrag dazu. Damit bekräftigen wir unser Angebot zur konstruktiven Zusammenarbeit mit der neuen Landesregierung.

A. Die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre

Das Saarland steht in den kommenden Jahren vor großen wirtschafts-, bildungs- und finanzpolitischen Herausforderungen. Sie stellen sich aus Sicht der IHK vor allem auf drei Gebieten.

1. Die haushaltspolitische Herausforderung

Das Saarland befindet sich in einer Haushaltsnotlage. Der Schuldenstand beträgt zurzeit gut 10 Milliarden Euro. Bei einem Etatvolumen von 3,5 Milliarden Euro erreicht die Nettoneuverschuldung im laufenden Jahr bereits knapp 900 Millionen Euro – also gut ein Viertel des Budgets. Die Ausgaben überschreiten die Einnahmen um rund ein Drittel.

Zur Überwindung der extremen Haushaltsnotlage sind dem Land im Rahmen des Konsolidierungshilfegesetzes für die Jahre 2011 bis 2019 Finanzhilfen in Höhe von 260 Millionen Euro jährlich zugesagt worden. Diese Hilfen sind allerdings an harte Sanierungsauflagen geknüpft: Das Land muss das strukturelle Defizit bis 2020 in zehn gleichgroßen Schritten vollständig abbauen. Das erfordert zum einen energische Sparanstrengungen, die ganz vorrangig bei den konsumtiven Ausgaben ansetzen müssen. Nötig ist zum anderen aber auch ein offensiver Kurs in der Wirtschafts- und Standortpolitik, damit die Haushaltssanierung auch über eine wachsende Steuerkraft und steigende Einnahmen erfolgen kann.

2. Die demografische Herausforderung

Der demografische Wandel setzt im Saarland früher ein und fällt hier stärker aus als in anderen Bundesländern. Dieser Prozess ist nicht mehr aufzuhalten und schon heute spürbar. Seit der Jahrtausendwende hat das Saarland bereits 40.000 Einwohner verloren; das entspricht ziemlich genau der Einwohnerzahl Völklingens. Besonders problematisch ist, dass vom kommenden Jahr an jährlich mehr Erwerbspersonen aus dem Berufsleben ausscheiden werden als neue hinzukommen. Insgesamt verringert sich dadurch die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung bis zum Jahre 2030 um rund ein Fünftel. Noch dramatischer ist die Entwicklung bei den Schulabsolven-

ten; deren Zahl sinkt bereits im nächsten Jahrzehnt um ein Viertel. Diese Trends sind unumkehrbar. Man kann sie nur dämpfen. Dazu müssen wir die Menschen bestmöglich qualifizieren und unser Land für Zuwanderungen attraktiver machen.

3. Die strukturpolitische Herausforderung

Das Saarland zählt zu den industriestärksten Bundesländern in Deutschland. Strukturprägend sind vor allem der Fahrzeugbau, die Stahlindustrie und der Maschinenbau, die zusammen mehr als die Hälfte aller Industriearbeitnehmer beschäftigen. Mit einer Exportquote von knapp 50 Prozent zählt das Saarland zu den Gewinnerregionen der Globalisierung.

In der Krise hat sich die Kehrseite des Erfolgs gezeigt. Wegen der starken Exportorientierung ist das Saarland tiefer in den Sog der weltweiten Rezession geraten als die deutsche Wirtschaft im Ganzen. Binnen eines Jahres sind trotz Kurzarbeit über 4.000 Beschäftigungsverhältnisse aufgelöst worden – dies vor allem in den Kernbranchen unserer Industrie. Hinzu kommen die Arbeitsplatzverluste, die mit dem Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau verbunden sind. In den nächsten Jahren gilt es, diese Arbeitsplatzverluste möglichst weitgehend auszugleichen – insbesondere auch durch neue Arbeitsplätze in der Industrie. Das ist umso dringlicher, als auf jeden Industrie-arbeitsplatz rund 1,5 Arbeitsplätze in anderen Wirtschaftssektoren kommen.

B. Die Herausforderungen als Chance begreifen

Das Saarland ist krisenerprobt. Es hat in seiner wechselvollen Geschichte schon mehrfach bewiesen, dass es auch mit Ausnahmesituationen umzugehen weiß. Das stimmt zuversichtlich, dass es auch die genannten Herausforderungen erfolgreich meistern kann.

Dazu bedarf es einerseits eines energischen Sparkurses sowie andererseits eines umfassend angelegten wirtschafts-, standort- und bildungspolitischen Programms. Es sollte vorrangig darauf zielen, die Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen, neue Arbeitsplätze und mehr Existenzgründungen zu verbessern. Aus Sicht der IHK gibt es zahlreiche Ansatzpunkte dazu.

I. Landesfinanzen: Vorrang für Zukunftsinvestitionen, Bildung und Wirtschaftsförderung

Die Überwindung der Haushaltsnotlage erfordert einen äußerst energischen Sparkurs. Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode in 2014 ist das jährliche Defizit um 300 bis 400 Millionen Euro zu reduzieren.

Wenn dieser Defizitabbau bei gleichzeitiger Stärkung der Wachstumskräfte gelingen soll, muss das Land in seinen Haushalten klare Prioritäten setzen. Es muss den Mut und die Kraft aufbringen, harte Einschnitte bei den konsumtiven Ausgaben vorzunehmen, damit genug Finanzierungsspielraum für Zukunftsinvestitionen, Bildung und Wirtschaftsförderung bleibt. Das bedeutet unter anderem:

- Es besteht keinerlei Spielraum für soziale Wohltaten, so wünschenswert sie auch sein mögen. Das gilt sowohl für den Verzicht auf Kindergartengebühren in den ersten beiden Jahren als auch für die Abschaffung der Studiengebühren.
- Sozial- und Besoldungsstandards, die hierzulande über dem Niveau anderer Bundesländer liegen, sind zurückzufahren. So ist etwa die für Angestellte beschlossene Rente mit 67 auf Beamte zu übertragen.
- Die durch natürliche Fluktuation frei werdenden Stellen sind nur in Ausnahmefällen neu zu besetzen. Insbesondere im Bereich der öffentlichen Verwaltung gilt es, diesen Spielraum zu nutzen.

Vom harten Sparkurs auszunehmen ist der Bildungsbereich. Mit Blick auf den erforderlichen Ausbau von Ganztagschulen und der pädagogischen Aufwertung des dritten Kindergartenjahres wird hier nur ein moderater Stellenabbau möglich sein.

- Bei den Zukunftsinvestitionen muss das Land sich auf das Wesentliche konzentrieren. Das heißt, es muss sich auf die Vorhaben beschränken, die den größten Beitrag zur Standortaufwertung leisten und die höchste regionalwirtschaftliche Rendite versprechen.
- In den Bereichen Kultur, Hochschulen und Forschungseinrichtungen ist eingehend zu überprüfen, ob und wo wir uns künftig noch Zuwächse leisten wollen. Auch hier ist eine klare Prioritätensetzung nötig.

II. Eine hohe Verfügbarkeit an Fachkräften sichern

1. Qualitätsoffensive an Schulen forciert fortsetzen

Die Bildungspolitik bietet den zentralen Ansatzpunkt, wenn es darum geht, die Auswirkungen des demografischen Wandels hinsichtlich des drohenden Fachkräftemangels abzumildern. Auf diesem Gebiet ist in den vergangenen Jahren bereits einiges geschehen. Mehr und besserer Unterricht in den Grundschulen, Leistungstests in allen Klassenstufen und die Verkürzung der Gymnasialzeit sind nur einige Stichworte.

Es ist gut und richtig, dass die neue Landesregierung hieran anknüpfen und neue Schwerpunkte setzen will. Die IHK begrüßt insbesondere die Absicht,

- die in Folge rückläufiger Schülerzahlen rechnerisch frei werdenden Lehrstellen für bildungspolitische Maßnahmen zu nutzen,
- die frühkindlichen Betreuungsangebote weiter zu verbessern,
- das dritte Kindergartenjahr zum obligatorischen Schulvorbereitungsjahr weiter zu entwickeln und
- das Angebot an Ganztagschulen auszubauen.

Aus Sicht der IHK ist es auch positiv, dass die Landesregierung die Wahlfreiheit von Eltern und Schülern für unterschiedliche Bildungsgänge und Betreuungsangebote bekräftigt. Das vorgeschlagene Zwei-Säulen-Modell, das neben dem Gymnasium neu zu schaffende integrierte Gemeinschaftsschulen vorsieht, bietet gute Voraussetzungen dazu. Kritisch sieht die IHK allerdings, dass die Landesregierung das gemeinsame Lernen über die bisherige Grundschulzeit hinaus um ein weiteres Jahr verlängern will. Dadurch reduziert sich beispielsweise an den Gymnasien der Weg bis zum Abitur auf sieben Jahre.

Zusätzlich zu den von der Landesregierung beabsichtigten Reformen, regt die IHK weitere Reformschritte an:

- **Herabsetzung des Einschulungsalters**

In Deutschland liegt das Einschulungsalter ein Jahr höher als bei unseren Nachbarn. Wir sollten deshalb innerhalb der nächsten zwölf Schuljahre die Altersgrenze der Schulpflicht jedes Jahr um einen Monat vorverlegen.

- **Mehr Freiheit für die Schulen**

Das beste Mittel zur Steigerung der Schulqualität besteht darin, den Schulen mehr Freiheiten zu lassen: Freiheit in der Mittelverwendung, in der pädagogischen Ausrichtung und in der Personalauswahl. Die IHK begrüßt deshalb, dass die Landesregierung die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit stärken will. Sie sollte die Ergebnisse des Modellversuchs „Selbständige Schule“ zum Anlass nehmen, einen Masterplan „Schulautonomie im Saarland“ aufzustellen. Dieser sollte Maßnahmen und Wege aufzeigen, wie im Saarland innerhalb der nächsten zehn Jahre alle Schulen in die Autonomie geführt werden können.

2. Spitzenplatz in der Ausbildung halten

Die Sicherung eines qualifizierten Fachkräfteangebots ist eine zentrale Voraussetzung für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von Land und Unternehmen. Es ist deshalb zu wünschen, dass der „Pakt für Ausbildung“ in den kommenden Jahren fortgesetzt wird. Dabei sollte verstärkt darauf hingewirkt werden, auch theoriefernen Jugendlichen eine Chance auf Ausbildung im dualen System zu ermöglichen.

Die berufsbildenden Schulen sind die einzige Schulform, die in den vergangenen Jahren noch Zuwächse bei den Schülerzahlen verzeichneten. In den kommenden Jahren wird sich die Schülerzahl stabilisieren. Das Betreuungsverhältnis Lehrer – Schüler wird sich demnach nur geringfügig verbessern, der nach wie vor hohe Unterrichtsausfall sich ebenfalls nur marginal verringern. Die IHK appelliert deshalb an die neue Landesregierung, die Berufsschulen stärker zu personalisieren, um so für weniger Unterrichtsausfall und für mehr Qualität in der dualen Berufsausbildung zu sorgen.

3. Offensive für lebenslanges Lernen starten

Immer kürzer werdende Wissens-, Innovations- und Produktzyklen erfordern eine stetige Anpassung der berufsbegleitenden Fort- und Weiterbildung. Die bestehenden Angebote sind deshalb auf die neuen Gegebenheiten abzustimmen. Gleichzeitig ist dafür Sorge zu tragen, dass die vorhandenen Leistungspotenziale besser ausgeschöpft werden. Das geht nur mit den Beschäftigten gemeinsam. Dafür brauchen wir einen Mentalitätswechsel. Wir schlagen deshalb eine „Offensive für lebenslanges Lernen“ vor. Neben der Landesregierung sollten insbesondere die Spitzenorganisationen der Saarwirtschaft und die saarländischen Weiterbildungsorganisationen daran mitwirken.

4. Bildungsurlaub auf berufliche Weiterbildung begrenzen

Gesetzliche Regelungen zur Freistellung von Arbeitnehmern zur Weiterbildung schaden mehr als sie nützen. Aus Sicht der IHK ist deshalb die im Koalitionsvertrag vorgesehene Verlängerung des gesetzlichen Bildungsurlaubs problematisch.

Eine Verlängerung wäre für uns allenfalls dann akzeptabel, wenn der Anspruchsbereich auf die berufsqualifizierende Weiterbildung begrenzt wird. Nur in diesem Bereich sehen wir die Wirtschaft maßgeblich in der Verantwortung, wobei die Saar-Unternehmen dieser Verantwortung bereits umfassend gerecht werden: Sie investieren viel in die berufsbezogene Qualifizierung ihrer Mitarbeiter, sie stellen sie für berufsqualifizierende Maßnahmen weitgehend von der Arbeit frei und sie übernehmen zumeist auch die Lehrgangskosten. In diesem Sinne versteht die Saarwirtschaft die berufsqualifizierende Weiterbildung als Gemeinschaftsaufgabe von Unternehmen und Arbeitnehmern, wobei die Unternehmen aus freien Stücken den überwiegenden Teil der Lasten tragen. Unternehmen in anderen Ländern sehen es ähnlich. Deshalb kommen wirtschaftlich erfolgreiche Bundesländer wie Baden-Württemberg und Bayern ganz ohne eine gesetzliche Bildungsfreistellung aus.

Im Saarland wird der gesetzliche Bildungsurlaub bisher überwiegend für die allgemeine und politische Weiterbildung genutzt. Keine Frage: Auch solche Bil-

dungsinhalte sind wichtig. Aber sie gehören aus unserer Sicht in die Eigenverantwortung der Arbeitnehmer. Gesellschaft und Staat haben zu Recht ein hohes Interesse an politischer Bildung. Aber es gibt keinen Grund, warum die Wirtschaft die Kosten dafür tragen soll. Bei einer Jahresarbeitszeit, die am unteren Ende der internationalen Skala liegt, bleibt den Arbeitnehmern für die berufserne Bildung außerhalb der Arbeitszeit genug Freiraum. Immerhin gibt es hierzulande neben 52 Wochenenden 30 Urlaubstage und 12 Feiertage (übrigens 1,5 mehr als im Bundesschnitt). Fünf Tage bezahlten Bildungsurlaub für die allgemeine und politische Weiterbildung können und dürfen wir uns am Standort Saarland nicht leisten.

5. Mehr Ingenieure ausbilden

Handlungsbedarf besteht auch noch im Hochschulbereich, vor allem in der Ingenieurausbildung. Der Saar-Industrie fehlen Ingenieure. IHK und VSU haben deshalb die Gründung eines Zentrums für Mechatronik und Automatisierungstechnik (ZeMA) angeregt und finanzielle Unterstützung zugesagt. Diesem Schritt müssen jetzt weitere folgen. Das Zentrum braucht eine zweckmäßige Rechtsform und einen geeigneten Standort. Aus Sicht der IHK sollte das ZeMA in Uni-Nähe oder direkt auf dem Campus angesiedelt werden. Das ist die beste Gewähr dafür, dass die Ziele des ZeMAs (bessere Lehre, passgenaue Forschung, attraktive Studienplätze) auch erreicht werden.

6. Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf lassen sich weitere Arbeitsmarktreserven mobilisieren. Gerade im Saarland, das unter anderem wegen seiner industriellen Vergangenheit immer noch eine niedrige Frauenerwerbsquote hat, bestehen hier noch große Spielräume. Ein schneller und nachhaltiger Erfolg auf diesem Gebiet ist am besten dadurch zu erzielen, wenn Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften sich auf einen „Pakt für Familien“ verständigen. Damit ließe sich das Saarland zum familienfreundlichsten Bundesland entwickeln. Etappenziele auf diesem Wege sollten sein:

- der zügige Ausbau von Krippen- und Kindergartenplätzen,
- die Schaffung von flexiblen Betreuungsangeboten in den Unternehmen oder in Unternehmensnähe,
- ein verstärktes Angebot an flexiblen Arbeitszeitmodellen und – organisationsformen für berufstätige Eltern.

Die IHK begrüßt die Absicht der neuen Landesregierung, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern.

7. Länger arbeiten

Die Zahl der Erwerbspersonen sinkt im Saarland in den nächsten zwei Jahrzehnten um ein Fünftel. Gleichzeitig steigt die Zahl der Rentner um ein Viertel. Das heißt: Immer weniger Arbeitskräfte müssen immer mehr Rentner finanzieren. Es war deshalb ein richtiger Schritt, die Rente mit 67 als eine Antwort auf diese Herausforderung einzuführen. Sie schürt allerdings bei vielen Arbeitnehmern die Angst, mit zunehmendem Alter den Anforderungen des Berufslebens nicht mehr gewachsen zu sein. Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften sollten diese Sorgen ernst nehmen und einen neuen Anlauf bei der Initiative „50plus“ starten. Neben dem Bewusstseinswandel sollten dabei vor allem die Themen Gesundheitsvorsorge, betriebliches Gesundheitsmanagement, altersgerechte Arbeitsplätze und Weiterbildung verstärkt in den Fokus genommen werden.

III. Den Standort aufwerten

Das Saarland hat im Vergleich mit anderen Bundesländern zahlreiche Standortvorteile. Es weist aber auch Nachteile auf. Die neue Landesregierung bleibt deshalb aufgefordert, den Wirtschaftsstandort Saarland weiter aufzuwerten.

1. Die Standortschwächen beseitigen

Zu den markantesten Standortnachteilen an der Saar zählen die überdurchschnittlichen Gewerbesteuerhebesätze, der Wassercent, der hohe Krankenstand und die (fast) einmalige Fülle an Feiertagen. In der Summe addieren

sich diese Standortnachteile gegenüber anderen Bundesländern zu einer Mehrbelastung der Saarwirtschaft von rund 150 Millionen Euro jährlich. Diese Sonderlast erschwert das Ansiedlungsgeschäft, belastet das Wachstum der bereits bestehenden Unternehmen und lässt Beschäftigungspotenziale ungenutzt. Wir appellieren deshalb an die Landesregierung, darauf hinzuwirken, dass die „saarspezifischen Sonderlasten“ schrittweise in Richtung Bundesniveau abgesenkt werden. Im Koalitionsvertrag sind hierzu kaum Vorschläge zu finden.

2. Die Forschungslandschaft weiter profilieren

Ein moderner Industrie- und Dienstleistungsstandort ist auf eine leistungsstarke Forschung angewiesen. Aber nicht nur in der Forschung, sondern auch in der akademischen Lehre sind Spitzenleistungen von entscheidender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Saarland. Die Einführung von Studiengebühren hat zu deutlichen Qualitätsverbesserungen in der Lehre geführt. Damit die qualitätsverbessernden Maßnahmen auch nach Abschaffung der Studiengebühren weitergeführt werden können, sollte den Hochschulen der Einnahmeausfall in voller Höhe durch Zuweisungen des Landes erstattet werden. Darüber hinaus ist es aus Sicht der IHK dringend notwendig, für unsere Hochschullandschaft einen langfristigen, integrierten Hochschulentwicklungsplan vorzulegen, der auf der Basis von Globalbudgets konkrete Zielvereinbarungen enthält. Um Synergien zu erreichen, sollte dabei ein besonderes Augenmerk auf eine stärkere Zusammenarbeit unserer Hochschulen gelegt werden.

3. Die Verkehrsanbindung weiter verbessern

Mit fortschreitender Globalisierung der Märkte wird eine schnelle Erreichbarkeit der wichtigsten nationalen und internationalen Wirtschafts- und Finanzzentren per Straße, Schiene und Flugzeug immer wichtiger. Schnelligkeit, Komfort und Frequenz der überregionalen Relationen prägen ganz wesentlich das Bild, das sich Kunden und Geschäftspartner von einem Standort machen.

Trotz der inzwischen im Saarland erzielten Fortschritte im Verkehrsbereich ist noch einiges zu tun. Erste Priorität gehört nach Auffassung der IHK dabei den folgenden Projekten:

- weitere Ertüchtigung der ICE-Strecke Paris – Saarbrücken – Frankfurt, um in Konkurrenz mit dem „Südast“ über Straßburg dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben,
- Bau zusätzlicher Schleusenammern auf der Mosel zur Erweiterung der Kapazität,
- Verbindung von A 620 und A 623 über die Saarbrücker Westspange,
- Verschwenkung der A 1 zur Camphauser Straße in Saarbrücken,
- vierspuriger Ausbau der A 8 zwischen Wellingen und Merzig/Schwemlingen,
- Bereitstellung ausreichender Mittel für die Instandhaltung und Sanierung der Straßen im Saarland,
- beschleunigte Abwicklung und bessere Koordination der Straßenbaustellen.

Einige dieser Projekte stehen schon seit über einem Jahrzehnt auf der „Wunschliste“. Sie könnten deutlich schneller realisiert werden, wenn die notwendigen Investitionsmittel des Bundes dafür bereitgestellt würden. Ein Strukturprogramm zur Flankierung des Anpassungsprozesses im Bergbau sollte auf jeden Fall die A1-Verschwenkung, die Ertüchtigung der ICE-Strecke und die Beseitigung der Schleusenengpässe auf der Mosel beinhalten. Gerade der letztgenannten Maßnahme kommt angesichts des vorzeitigen Bergbauendes im Saarland und der Sicherung der Brennstoffversorgung der saarländischen Kohlekraftwerke eine besondere Bedeutung zu.

4. Energiestandort Saarland sichern

Die Wirtschaft im Saarland ist in besonderem Maße auf eine sichere und kostengünstige Energieversorgung angewiesen. Zudem trägt die Kraftwerkswirtschaft selbst mit einem Anteil von gut einem Prozent zur Wertschöpfung im Saarland bei. Auch nach dem Auslaufen des Steinkohlenbergbaus bleibt das

Saarland mit seiner gut ausgebauten Netzinfrastruktur und seiner Nähe zu industriellen Großverbrauchern ein attraktiver Standort für die Energieerzeugung. Allerdings scheinen neue Kraftwerksprojekte im Saarland – wie in anderen Bundesländern auch - kaum noch durchsetzbar zu sein. Das gilt sowohl für Kohlekraftwerke als auch für Windenergieparks, Biomassekraftwerke und große Photovoltaikanlagen. Sorge macht dabei, dass in den letzten zehn Jahren bereits ein Achtel der ursprünglich installierten Leistung stillgelegt wurde und der verbleibende Kraftwerkspark inzwischen deutlich in die Jahre gekommen ist. Der derzeit gegebene Bestand an Stromerzeugungskapazitäten sollte deshalb auf jeden Fall gesichert werden. Darüber hinaus sollte die neue Landesregierung ein schlüssiges und marktorientiertes Konzept zur Sicherung des Energiestandortes Saarland vorlegen.

5. Innenstädte und Ortskerne stärken

Viele Innenstädte und Ortskerne befinden sich schon seit Jahren in einer Abwärtsspirale aus Kaufkraftabfluss, Leerständen und Attraktivitätsverlust. Dieser Teufelskreis hat mancherorts bereits erschreckende Ausmaße angenommen. Um ihn zu durchbrechen, unterstützt die IHK in vielen Kommunen Stadtmarketing-Initiativen und kooperiert dabei eng mit den Gewerbevereinen.

Ein belebendes Element für die Innenstädte sind sicherlich längere Ladenöffnungszeiten. Die IHK plädiert dafür, den Ladenschluss im Saarland von Montag bis Samstag völlig freizugeben. Dadurch könnten die Innenstädte und Ortskerne in den Abendstunden belebt, der Kaufkraftabfluss in benachbarte Regionen gestoppt und den Städtetouristen mehr Service geboten werden. Die Freigabe der Ladenöffnungszeiten ist umso wichtiger, als unsere Nachbarn bereits liberalere Regelungen haben. Ein langer Donnerstag kann nur ein allererster Schritt in diese Richtung sein.

Neue Chancen für die Revitalisierung unserer Innenstädte und Ortskerne bietet das saarländische BID-Gesetz. Sowohl im Saarbrücker Stadtteil Burbach als auch im Bereich der Mainzer Straße haben sich erste Initiativen zusammengefunden, die auf Grundlage dieses Gesetzes die Attraktivität ihres Quartiers stei-

gern wollen. Die IHK berät und informiert über die vorhandenen Möglichkeiten und fordert weitere Kommunen auf, die durch das BID-Gesetz gegebenen Möglichkeiten auch zu nutzen.

Notwendig sind überdies lokale Initiativen, die auf ein Leerstandsmanagement zielen – im gewerblichen Bereich ebenso wie bei Wohnnutzungen. Zudem sollten Anreize für den Abriss privater Häuser geschaffen werden, die nicht mehr bewohnt werden. Experten schätzen, dass das Überangebot an Privathäusern in den nächsten 20 Jahren auf rund 40.000 Einheiten steigt. Angesichts dieser Entwicklung kommt es zunächst darauf an, schon bestehende und sich ausbreitende „Schandflecken“ zu beseitigen. Kontraproduktiv wäre es dagegen, wenn noch mehr Wohngebiete ausgewiesen und erschlossen würden. Aus Sicht der IHK sollte deshalb der Landesentwicklungsplan Siedlung in diesem Punkt restriktiver gefasst werden.

6. Bei Infrastruktur auf Qualität setzen

Große Teile der öffentlichen Infrastruktur sind in die Jahre gekommen. Manches davon ist auch zu groß dimensioniert und kaum noch zu finanzieren. Durch die demografische Entwicklung wird sich das Missverhältnis zwischen Kosten und Nutzen in den nächsten Jahren noch weiter verschärfen. Vor allem in den ländlichen Regionen, wo die Einwohnerzahlen überproportional zurückgehen, ist es geboten, das Angebot an Schwimmbädern, Sportanlagen, Freizeithallen und Kulturzentren schrittweise der Nachfrage anzupassen. Weniger Quantität, mehr Qualität – nach dieser Devise sollte die Landesregierung aus Sicht der IHK

- Anreize für die Kommunen schaffen, die Kooperationen und Verbundlösungen belohnen. Einzellösungen, die sich nicht rechnen und nicht demografiefest sind, sollten nicht weiter bezuschusst werden.
- den kommunalen Finanzausgleich grundlegend reformieren. Das derzeitige System basiert auf Schlüsselzuweisungen, die sich an der Einwohnerzahl der Kommunen orientieren. Künftig sollte es auch Anreize enthalten, die die notwendigen Anpassungsprozesse im Bereich der kommunalen Infrastruktur fördern.

7. Standortmarketing institutionalisieren

Das Saarland braucht ein offensives Standortmarketing. Denn vieles, was sich in den vergangenen Jahrzehnten zum Positiven verändert hat, ist außerhalb der Landesgrenzen kaum bekannt. Es besteht eine Imagelücke, die sich in vielerlei Hinsicht nachteilig auswirkt: Sie macht es schwieriger, Investoren für unser Land zu interessieren, Fach- und Führungskräfte von außerhalb zu gewinnen sowie Kongresse, Konferenzen und Fachtagungen ins Land zu holen. Zudem erschwert sie es den Hochschulen, Studenten und Professoren von außerhalb anzulocken. Offensives Standortmarketing ist so gesehen zugleich auch wirksame Wirtschaftsförderung.

Die Spitzenorganisationen der Saarwirtschaft haben deshalb in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam mit der Landesregierung eine Initiative „Standortmarketing Saarland“ gestartet. Diese Kampagne ist bundesweit auf eine positive Resonanz gestoßen. Davon zeugen zahlreiche Rückmeldungen. Diese Initiative sollte fortgeführt und in einen Prozess der Markenbildung eingebettet werden. Die IHK erwartet von der neuen Landesregierung, dass sie gemeinsam mit der Wirtschaft die finanziellen und institutionellen Voraussetzungen dafür schafft, dass die Marketinginitiative in den nächsten Jahren weiter entwickelt und fortgeführt werden kann.

III. Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel geben

1. Den Mittelstand stärken

Die mittelständische Industrie ist im Saarland nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Mit Blick auf strukturelle Ausgewogenheit, Wachstum, Beschäftigung und Berufsausbildung gilt es, ihr Gewicht in den kommenden Jahren schrittweise zu erhöhen. Aus Sicht der IHK sollten deshalb die Mittelstandsförderung trotz der angespannten Haushaltslage auf hohem Niveau fortgeführt und deren Instrumente gezielt weiterentwickelt werden. Dazu gehören die Förderung von

Erweiterungsinvestitionen, Maßnahmen zur Stärkung der Innovationskraft, die Unterstützung bei der Wachstumsfinanzierung sowie die Förderung des Technologietransfers und die Vernetzung der Unternehmen auf Branchenebene.

Prägendes Merkmal der Mittelstandsförderung im Saarland ist die enge Zusammenarbeit zwischen dem saarländischen Wirtschaftsministerium und den Spitzenorganisationen der Saarwirtschaft. Die IHK ist bei der Umsetzung von Initiativen, Programmen und Maßnahmen direkt oder indirekt über die ZPT stark eingebunden. Aus Sicht der IHK ist auszuloten, ob die Kooperation nicht noch enger gefasst und ausgebaut werden kann – etwa in weiteren Branchenforen.

2. Die Unternehmerlücke schließen

Gemessen am Bundesdurchschnitt fehlen im Saarland rein rechnerisch rund 6.000 kleine und mittlere Unternehmen. Die saarländische Wirtschaftspolitik muss versuchen, diese Unternehmerlücke schrittweise zu schließen. Darauf zielen insbesondere

- die Saarland Offensive für Gründer (SOG), in der IHK und ZPT von Beginn an mitwirken
- und die Instrumente der finanziellen Gründerförderung, die insbesondere über die SIKB angeboten werden.

Diese Instrumente gilt es gezielt weiterzuentwickeln. Die IHK unterstützt dabei die Bestrebungen, in den Bereichen „Gründung durch Migranten“, „Unternehmensnachfolge“ und „Unterstützung von Gründerinnen“ zusätzliche Akzente zu setzen. Auch die Einrichtung eines „Einheitlichen Ansprechpartners“ verspricht Impulse.

3. Exporterfolge sichern und ausbauen

Der Export ist und bleibt ein wichtiges Standbein der saarländischen Wirtschaft. Die aktuellen Rückgänge im Exportgeschäft markieren eher eine Delle als den

Beginn eines anhaltenden Trends. An dem bewährten Instrumentarium der Außenwirtschaftsförderung sollte daher festgehalten werden.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit von IHK, ZPT und Wirtschaftsministerium unter der Marke „Saarland International“ hat einer stetig wachsenden Zahl mittelständischer Unternehmen die Gelegenheit gegeben, auf Markterkundungsreisen, internationalen Messen oder nach Beratungen Auslandsmärkte kennen zu lernen und Geschäfte anzubahnen. Hieran gilt es anzuknüpfen.

Die begonnene Internationalisierung saarländischer Cluster und Branchenforen sollte ebenso fortgesetzt werden wie die Zusammenarbeit in der Großregion SaarLorLux. Ansatzpunkte hierzu bestehen insbesondere im Fahrzeugbau, im Bereich Health-care, im Tourismus und bei den grenzüberschreitenden Dienstleistungen.

4. Öffentliches Auftragswesen vereinfachen

Die Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand ist von besonderer Bedeutung für die mittelständische Wirtschaft. Im Saarland beläuft sich das Auftragsvolumen auf rund drei Milliarden Euro jährlich.

Die Bedeutung der öffentlichen Hand als Wirtschaftsfaktor steht allerdings in einem krassen Missverhältnis zu der Art und Weise, wie ihre Ausschreibungen bekannt gemacht und abgewickelt werden. Die Unternehmen beklagen vor allem, dass es keine verpflichtende Vergabepattform der öffentlichen Hand gibt. Sie müssen deshalb viel Mühe und Zeit aufwenden, um überhaupt von Ausschreibungen zu erfahren. Zudem sind immer wieder Unternehmen von Verfahren ausgeschlossen worden, weil sie die zahlreichen Nachweise nicht vollständig oder auf dem neuesten Stand beibringen konnten.

Durch die VOL-Präqualifizierung, die im Saarland seit einigen Monaten von der Auftragsberatungsstelle der IHK Saarland durchgeführt wird, konnten zumindest die bürokratischen Verpflichtungen der Unternehmen deutlich verringert werden. Dieser vorgelagerten und auftragsunabhängigen Prüfung und Zertifizierung von

Eignungsnachweisen ausschreibungsinteressierter Unternehmen fehlt allerdings immer noch die verbindliche Anerkennung durch die öffentlichen Auftraggeber – sowohl im Landes- wie im Kommunalbereich. Die Landesregierung sollte deshalb durch eine Regelung für die verbindliche Anerkennung dieses Systems sorgen - etwa durch einen Erlass oder durch eine entsprechende Vorschrift im saarländischen Mittelstandsgesetz.

5. Im Tourismus auf Qualität setzen

Der Tourismus im Saarland befindet sich seit einigen Jahren im Aufwind. Seine Bedeutung für die saarländische Wirtschaft hat dadurch stetig zugenommen. Die „Tourismusstrategie 2015“ trägt diesem Umstand Rechnung. Um das Land als Destination noch bekannter zu machen und die Zahl der Übernachtungen zu steigern, sollte die neue Landesregierung den eingeschlagenen Weg weiter verfolgen und zusätzliche Akzente setzen.

Zudem ist es aus Sicht der IHK wünschenswert, dass das Land seine Mitarbeit in der Initiative „ServiceQualität Deutschland im Saarland“ weiter forciert und auf den Bereich der Hotelklassifizierung noch mehr Gewicht legt.

6. Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen begrenzen

Die Wirtschaft beobachtet mit Sorge, dass einige Kommunen in unserem Land sich als Unternehmer versuchen und sich dabei auf Märkte begeben, die eigentlich privaten Anbietern vorbehalten sein sollten. Vor allem die Landeshauptstadt Saarbrücken hat sich dabei hervorgetan. Die wirtschaftlichen Aktivitäten der Kommunen gehen letztlich zu Lasten der privaten Unternehmen, die in Konkurrenz zu den kommunalen Unternehmen stehen, aber nicht deren Privilegien – Steuerbefreiung, Quersubventionierung, kein Konkursrisiko – genießen.

Die Wirtschaftsorganisationen im Saarland haben deshalb schon vor Jahren eine restriktivere Fassung des § 108 KSVG angeregt, um die private Wirtschaft wirksam vor einem unfairen Wettbewerb durch kommunale Unternehmen zu schützen. Die Wirtschaft erwartet von der Landesregierung, dass § 108 KSVG

restriktiver gefasst wird. Einer Kommune sollte nur noch dann eine wirtschaftliche Betätigung erlaubt werden, wenn ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und wenn sie nachweist, dass eine Leistung nicht ebenso gut und wirtschaftlich von privaten Unternehmen erbracht werden kann. Die Ausnahmeregelung § 118 KSVG, wonach in besonderen Fällen auch bei einem Verstoß gegen die Schrankentrias des § 108 Abs. 1 KSVG eine wirtschaftliche Betätigung der Kommune erlaubt werden kann, sollte ersatzlos gestrichen werden.

Die IHK begrüßt, dass die neue Landesregierung dieses Thema erneut auf die Agenda setzen will. Wir sehen allerdings mit großer Skepsis, dass die Landesregierung die Handlungsspielräume der Kommunen im Bereich der Energiewirtschaft künftig noch erweitern will.

7. Einheitlichen Ansprechpartner bei Kammern ansiedeln

Die nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie vorgesehene Einrichtung eines „Einheitlichen Ansprechpartners“ soll bürokratische Hemmnisse beseitigen und den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen fördern. Bei der Umsetzung dieser Richtlinie sollte eine Lösung angestrebt werden, die einen möglichst geringen Aufwand erfordert und der Wirtschaft eine bestmögliche Unterstützung bietet. Die Gewerbekammern IHK und HWK verfügen als Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft über die erforderlichen Kompetenzen. Zudem haben sie große Erfahrungen mit hoheitlichen Aufgaben – etwa in der Berufsausbildung und bei der Führung des Versicherungsvermittlerregisters. Darüber hinaus stellen sie in der Beratung von Existenzgründern tagtäglich unter Beweis, dass sie der „geborene“ Ansprechpartner der Unternehmen sind. Der von der bisherigen Landesregierung eingebrachte Gesetzentwurf – sog. „All-Kammer-Modell“ – sollte deshalb zügig beschlossen und gemeinsam mit den Kammern umgesetzt werden.